

Linke Liste Wiesbaden



Was zählt, sind die Interessen von Eltern und Kindern

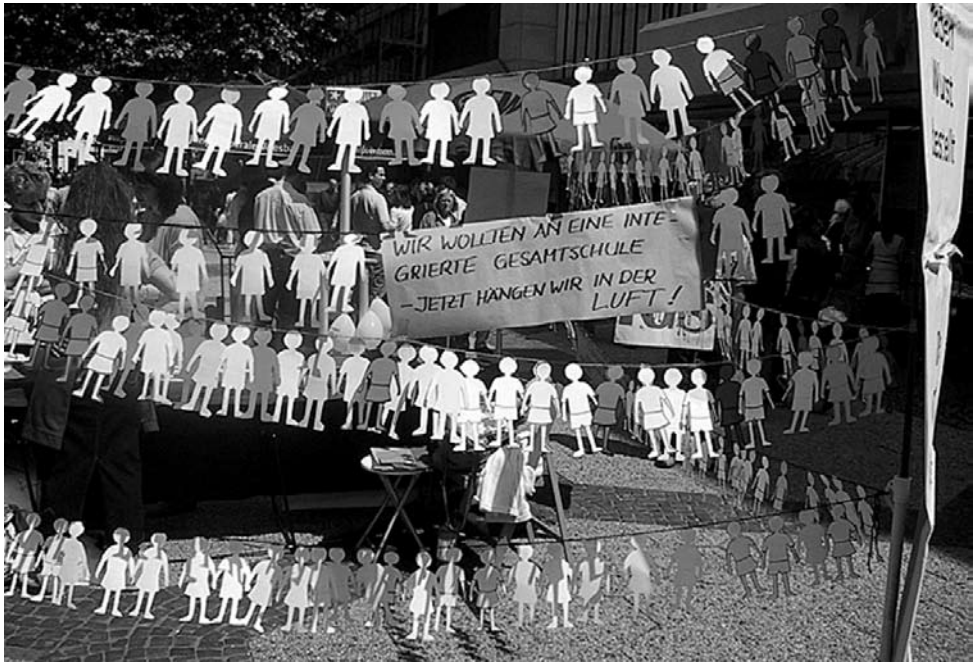
Die Schule darf kein Tummelplatz für Parteiinteressen sein!

Wie viel Spaß könnte Lernen machen, wenn nicht ständig an der Bildung gespart würde, wenn Lokalpolitiker, die im Rathaus eine „gestaltende Mehrheit“ bilden, stattdessen wissenschaftliche Erkenntnisse und den Willen der Eltern und Kinder berücksichtigen und nicht ständig „Machtgehabe“ an den Tag legen.

Nach fünf Jahren rechter Mehrheit in Wiesbaden ist offensichtlich, dass es kaum eine Schule gibt – egal ob Grund-, Haupt-, Real-, Gymnasial- oder Gesamtschule –, die keine großen und kleinen Probleme hat. Schulen müssten restauriert, umgebaut, erweitert und von giftigen Schadstoffen befreit werden. Kaum ist eine Schule einigermaßen saniert, bricht in der anderen wieder was aus. Alte Dächer, bei denen es durchregnet, die Decken im wahrsten Sinne des Wortes runterfallen, sich Schimmelpilze und andere giftige Stoffe stark ausbreiten. Das macht Kinder und Lehrer/innen krank. Konzentriertes Lernen ist somit fast unmöglich. Dazu kommen vollgestopfte Klassen, überforderte und überarbeitete Lehrer/innen, genervte und gereizte Kinder, die keinen Bock mehr haben, in diese Schulen zu gehen.

Es ist ein Frust, wenn man sich in unserer Stadt die Schul- landschaft ansieht.

Aber eine noch größere Wut bekommt man darüber, was unsere Politiker tun bzw. nicht tun.



Oft geben nur knappste Mehrheiten den Ausschlag, so beispielsweise bei der Kampfabstimmung zum Wiesbadener Schulentwicklungsplan für 2004/2008: 39 Stimmen (CDU, FDP und Ex-REP Hirzel) dafür, 37 Stimmen (Linke Liste, Grüne, SPD und REP) dagegen.

... was ist mit den Wünschen der Betroffenen?

Schon vor Jahren stellte beispielsweise die Gustav-Stresemann-Schule in Mainz-Kastel den Antrag auf Umwandlung in eine IGS – unterstützt von der Schulkonferenz, dem Elternbeirat und von allen Fraktionen im Ortsbeirat – die CDU natürlich ausgenommen. Der Elternbeirat der Gustav-Stresemann-Schule sammelte über 1.400 Unterschriften, die Initiative Pro IGS weitere 1.100 Unterschriften für eine weitere IGS in der Innenstadt. Auch der Stadtelternebeirat formulierte mehrmals und öffentlich seine Kritik am Schulentwicklungsplan der rechten Stadtregierung – ohne Konsequenzen. Im Gegenteil: Herr Lorenz, Fraktionsvorsitzender der CDU, ließ sich in einer Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur zu dem Satz verleiten: „Mit uns wird es keine weitere IGS in Wiesbaden geben!“ Darum also geht es: Um der CDU ideologisch genehme Schultypen!

Konsequenz: Schülerinnen und Schüler aus Wiesbaden und AKK müssen täglich nach Hochheim, weil die WLS in Mainz-Kostheim nicht mehr ausreicht. Schülerinnen und Schüler aus dem Rheingau werden an Wiesbadener Gymnasien abgelehnt, obwohl ihre Geschwister hier noch eingeschult werden. Weitere Privatschul-Projekte aber werden gefördert, während die Einführung von weiteren „betreuenden Grundschulen“ ebenso stockt wie die dringend nötige Verbesserung der Situation an Sonderschulen. Ideologisch verbrämte Träume von einer Förderung von „Hochbegabten“ mittels privaten Sponsoren erblühen, während dringend notwendige Sanierungen von Schadstoff-belasteten Schulen zurückgestellt werden.

Die rechte Stadtregierung hat aus ideologischen Gründen und mit ihrer Blockadepolitik verbrannte Erde zurück gelassen. Man stelle sich vor: Der Schulentwicklungsplan für den Zeitraum bis 2008 ist 2005 noch nicht genehmigt!

Es ist offensichtlich: Im Schulbereich ist eine grundlegende Wende dringend nötig! Der Stillstand der vergangenen Jahre muss schleunigst aufgearbeitet werden – natürlich mit verstärktem finanziellem Aufwand!

Die Linke Liste tritt dafür mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an. Unsere grundsätzliche Haltung dabei: Für die Inter-

Grundschulleitern

Schulstreik in Wiesbaden: Wer wird gewinnen?

Ihr Kind sollte es auf jeden Fall sein!

Lassen Sie sich nicht verunsichern.
Wählen Sie für Ihr Kind die Schule
mit den besten Zukunftsaussichten,
wählen Sie die **Integrierte Gesamtschule**.

In der **IGS** ist alles drin,
jeder Schulabschluss ist möglich.

...besteht.

essen von Kindern und Eltern, unabhängig von der gewählten Schulform!

Konkret bedeutet das für die nächsten Jahre:

- Keine finanziellen Kürzungen im Bildungsbereich.
- Umfassende Berücksichtigung und Umsetzung des Elternwillens.
- Keine Bevorzugung von Eliteschulen – alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung,
- keine Mehrarbeit, sondern Einstellung von mehr Lehrer/innen.
- Ganztagschulen mit ausreichend Zeit und Unterstützung für die Schüler/innen – damit Eltern nicht noch ihren letzten Cent dafür locker machen müssen, um ihrem Kind eine teure private Lernhilfe zu finanzieren.
- Keine überfüllten Klassen: Klassenstärken von max. 25 Schüler/innen (schwächere Schüler brauchen auch mehr Hilfe und Unterstützung, und die können sie nicht in überfüllten Klassen erhalten).
- Sanierung, Um- und Neubau von Schulen.
- Gewährleistung von ausreichenden Lehr- und Lernmitteln.
- Pädagogisch qualifiziertes Lernen schon im Kindergarten.
- Keine vorzeitige Selektion, damit soziale Kontakte nicht zerrissen werden;
- Entwicklung und Bildung aller Kinder nach ihren Fähigkeiten unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Bildung ist für alle da!

Was die Entscheidung für bestimmte Schulformen betrifft, schlägt die Linke Liste einen öffentlich und mit nachprüfbaren Argumenten geführte Diskurs aller Beteiligten vor, statt ideologische Grabenkriege zu inszenieren, wie das die gegenwärtige Mehrheit im Rathaus tut.

Bildungspolitik ist nicht nur Schulpolitik:

Zu diesem Abschnitt werden Ergänzungen, Hinweise und Formulierungen der geneigten Leserinnen und Leser erwartet, um aufgenommen zu werden. Neben der Einarbeitung von Vorschul- und Hochschulbereich sowie der Erwachsenenbildung (VHS) ist einer der Schwerpunkte hier die Ablehnung einer fortschreitenden Privatisierung des Bildungsbereiches, wie sie in verschiedenen Projekten auch in Wiesbaden angestrebt bzw. erzwungen wird (beispielhaft sei genannt die Finanzierung der elitären Hochbegabtenförderung durch private Sponsoren und die Installierung von privaten Hochschulen).

Rahmenbedingungen für Bildung verbessern!

Es war die Fraktion Linke Liste, die einen Antrag gegen die Abwälzung von Schulbeförderungskosten auf die Eltern und Schülerinnen/Schüler stellte: Für Kinder und Schüler sind attraktive Angebote zur Nutzung des ÖPNV vorzusehen. Der Wiesbadener Haushalt darf nicht mit Einsparungen bei der Schülerbeförderung saniert werden. Deshalb beantragte die LiLi im Februar 2005 für die Haushaltsjahre 2005/2006: Der städtische Eigenanteil an den Kosten der Schülerbeförderung darf nicht auf die Eltern oder Schülerinnen und Schüler abgewälzt werden. Dieser Antrag fand – überraschend - eine Mehrheit im Stadtparlament!

Ebenso beantragte die Linke Liste, in der Stadtbibliothek die Gebühren für die Ausstellung eines Ausweises und für Mahnungen zu senken. Dieser Antrag fand, angesichts der Zusammensetzung des Stadtparlamentes nicht verwunderlich, keine Mehrheit.

Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anträge

- Februar 2005 Stadt erhebt von Eltern oder Kindern keinen Eigenanteil an den Kosten der Schulbeförderung - angenommen!
- Februar 2004 Umwandlung der Gustav-Stresemann-Schule in Mainz-Kastel und der Heinrich-von-Kleist-Schule und/oder Gerhart-Hauptmann-Realschule in Integrierte Gesamtschulen.
- März 2003 Antrag, über die Erweiterung des Angebotes von Ganztagschulen, Schulen mit Ganztagsangeboten und betreuenden Grundschulen zu berichten
- September 2002 Magistrat soll erklären, warum der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juni 2002, die angemeldeten Betreuungsangebote pünktlich zu Beginn des Schuljahres 2002/2003 zu realisieren, nicht umgesetzt wurde.
- Juni 2001 Umgehende Schaffung von Voraussetzungen für zusätzliche Räumen an der Wilhelm-Leuschner-Schule und für die Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule im innerstädtischen Bereich.
- Januar 2002 Erlass der KiTa-Gebühren für Kinder aus kinderreichen Familien
- August 2001 Gebührensenkungen bei Stadtbibliothek und Stadtarchiv

Anfragen

- September 2002 Betreuungsangebote an Grundschulen

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck